

2713/J XX.GP

der Abgeordneten Apfelbeck
an den Bundesminister für Inneres
betreffend unerledigte Anregungen des Rechnungshofes - Tätigkeitsbericht 1995 (III-60 d.B.,
XX. GP)

Laut Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes - Verwaltungsjahr 1995 gibt es noch immer einige
Anregungen des Rechnungshofes aus den Vorjahren, die nicht bzw. nicht endgültig erledigt
sind.

Da der Rechnungshof Anregungen nur in begründeten Fällen und nach reichlicher Überlegung
ausspricht, die Begründung ihres Ministeriums, weshalb die einzelnen Anregungen nicht bzw.
noch nicht verwirklicht werden könnten bzw. konnten nicht ausreichend und zum Teil nicht
ganz verständlich sind, gibt es zu den meisten der unerledigten Anregungen Fragen bzw. einen
Erklärungsbedarf

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für
Inneres folgende

ANFRAGE

1. Schaffung einer Rechtsgrundlage für die 4 Massafonds der Wachekörper des Bundes bzw.
Übergang von der Beschaffung der Dienstkleidung durch einen Fonds (Massasystem) auf
eine Anschaffung unmittelbar aus Haushaltssmitteln (Etatsystem) des Bundes
 - a) Liegen die für Ende 1996 angekündigten Grundlagen bzgl. der neuorganisierten Bewirt-
schaftung der Dienstkleidung für Exekutivbeamte bereits vor?
 - b) Wenn ja, welche Änderungen wird es geben?
 - c) Wenn nein, wann werden die diesbezüglichen Überlegungen und Beratungen abgeschlossen
sein?
2. Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen für den öffentlich-rechtlichen Bereich des
Fundwesens und zeitgemäße Anpassung der diesbezüglichen zivilrechtlichen Regelungen
im AGBG
 - a) In welchem Stadium befinden sich derzeit die Beratungen bzgl. Bestimmungen für den
öffentlicht-rechtlichen Bereich des Fundwesens?

- b) Wann ist mit dem Abschluß der Beratungen und wann mit dem Fertigstellen einer diesbezüglichen Regierungsvorlage zu rechnen, sofern nicht wieder Ereignisse eintreten, die wichtiger als diese Arbeiten sind?
- c) Welche Anpassungen im ABGB sind aus derzeitiger Sicht geplant?
3. Schaffung der erforderlichen Ausstattung für die in neu erbauten Amtsgebäuden eingerichteten Schutzräume, um ihre Benutzbarkeit im Bedarfsfall zu ermöglichen
- a) Ist die Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der haustechnischen Einrichtungen in den bestehenden Schutzzäumen der Bundespolizeidirektion Wien mittlerweile abgeschlossen?
- b) Wenn ja, mit welchem Ergebnis und welche weiteren Schritte wurden aufgrund dieser Erkenntnisse bislang eingeleitet?
- c) Wenn nein, wie ist der Zwischenstand der bisherigen Ermittlungen und wann soll die Überprüfung abgeschlossen sein?
4. Ersetzung der beim BMI (Zentralleitung) im Verwaltungsdienst eingesetzten Exekutivbeamten durch Verwaltungsbedienstete
- a) Wieviele Exekutivbeamte können aus derzeitiger Sicht durch Verwaltungsbeamte ersetzt werden?
- b) Wieviele Planstellen für Verwaltungsbedienstete wurden seitens des Innenministeriums jeweils in den letzten fünf Jahren im Zuge der Budgetverhandlungen beantragt?
- c) Aus welchen Gründen wurde der Einsatz von Verwaltungsbediensteten anstelle von Exekutivbeamten bislang vom Finanzministerium abgelehnt?
- d) Welche Kosteneinsparungen können bei einem ausbildungsgerechtem Einsatz von Beamten erreicht werden?
5. Einstellung der wegen ihrer Dauer unzulässigen und unwirtschaftlichen Zuteilungspraxis zum BMI (Zentralleitung) im Bereich des Kriminaldienstes
- a) Welche Umschichtungen im Stellenplan wären notwendig, um die Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzen zu können?
- b) Bis wann will man sämtliche länger dauernden Zuteilungen in Versetzungen umwandeln und so die Anregungen des Rechnungshofes erfüllen?

6. Durchführung der nach dem Bundeshaushaltsgesetzes ab 1. Jänner 1987 vorgesehenen Trennung zwischen Anordnung und Vollzug
 - a) Wie lange ist die Rückstellung dieses Vorhabens geplant bzw. wann soll die Umsetzung dieses Vorhabens wieder aufgenommen werden?
 - b) Welche Vorteile erhofft sich der Rechnungshof aus dieser Maßnahme und inwieweit teilt das Innenministerium diese Meinung?
7. Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für einen wirksamen Einsatz aller Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und der Schifffahrtspolizei sowie Erarbeitung eines Organisations- und Kontrollkonzeptes für einen zielgerichteten Personal- und Sacheinsatz
 - a) Wann wird es vom Innenministerium die angesprochene Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz geben?
 - b) Welche konkreten Änderungen im Sicherheitspolizeigesetz sind vorgesehen?
 - c) Wann soll die angesprochene Verordnung zum Schifffahrtsgesetz erlassen werden und welchen Inhalt wird sie haben?
8. Deutliche Abgrenzung und gegenseitige Abstimmung innerhalb des BMI hinsichtlich der Aufgaben der Abteilung 11/7 (Staatsschutz) und der Sonderseinheit „Einsatztruppe zur Bekämpfung des Terrorismus
 - a) Welche konkreten Änderungen und Auswirkungen hat die Einführung eines gemeinsamen EDV-Systems gebracht?
 - b) Gibt es durch das gemeinsame EDV-System auch Einsparungen bei den Kosten und wenn ja, welche Kosten konnten in welcher Höhe reduziert werden?
9. Konzentration der (nachgeordneten) Staatsschutzarbeit bei den Sicherheitsdirektionen
 - a) Wann plant man den Abschluß der (Diskussion bzgl. der) Reform der Staatspolizei?
 - b) Welche Änderungen bei der Staatspolizei - aus derzeitiger Sicht - wird es geben?
 - c) Wann wird man mit der Umsetzung von Reformen beginnen und wann werden diese abgeschlossen sein?